

Haushaltsrede zum Haushaltsentwurf 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren aus der Verwaltung, von der Presse und auf den Zuschauerbänken,

schon beim ersten Durchblättern und dem Überfliegen einzelner Seiten des Haushaltsentwurfs stellte sich bei mir das Gefühl des déjà vu ein, was sich nach dem intensiven Befassen mit der Materie als “ im Westen nichts neues “ manifestierte.

Neu und erstmalig sind nur die Warnungen des Kämmerers vor einer dramatischen Entwicklung . Wir befinden uns in einer Spirale ständiger Nettoneuverschuldung, die Liquiditätskredite werden zu normalen Finanzierungsquellen. Das ist ein Zeichen, dass der Haushalt ohne einschneidende Maßnahmen nicht mehr konsolidierungsfähig ist, der Eigenkapitalverbrauch geht ungebremst weiter, die Haushaltssicherung ist für 2026 vorprogrammiert. Das würde bedeuten, dass die Stadt ein von der Aufsichtsbehörde genehmigtes Haushaltssicherungskonzept vorlegen muss, das im Ergebnis einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt ausweist, d.h. der Gesamtbetrag der Erträge übersteigt oder erreicht den Gesamtbetrag der Aufwendungen. Bei dieser Sachlage müssten sich die Bürger von vielen liebgewordenen städtischen Wohltaten verabschieden.

Wem diese Feststellungen zu drastisch sind, der sollte sich selbst mit den Kennzahlen des Haushalts vertraut machen, die kurzgefasst wie folgt aussehen:

Wir haben in 2022 ein Haushaltsdefizit, sprich Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit, von – 4,8 Mio. Euro in 2023 bei -5,8 Mio., 2024 bei – 5 Mio., 2025 bei -3,5 Mio. Wie der Kämmerer aus diesem defizitären Haushalt den Kapitaldienst , nämlich Zinsen und Tilgung für die aufgenommenen Kredite bedienen will, hat er nicht ausgeführt, sondern lediglich auf die derzeit günstige Zinsquote und damit auf weitere Verschuldung durch Kassenkredite hingewiesen.

Wir haben bis 2025 80 Mio. Schulden, davon 16 Mio. besonders teure aus Kassenkrediten, und ob das niedrige Zinsniveau wirklich so bleibt, ist auf Grund steigender Inflationszahlen keineswegs ausgemacht.

Nun liegt ein großer Teil des Haushaltsproblems nicht an mangelnden Erträgen. Es liegt u.a.an den hohen Umlagen an den Kreis. Hinzukommt die Gewerbesteuerumlage an Land und Bund. Rechnerisch wird die Kreisumlage auf 28,9 Mio. oder 57 % der Steuereinnahmen veranschlagt, die Gewerbesteuerumlage mit 2,1 Mio. oder 4,2 % der Steuereinnahmen, ins gesamt fließen in 2022 61 % oder 31 Mio. ab, auf die die Stadt keinen Zugriff hat.

Auch von den angekündigten Gewerbesteuermehrereinnahmen von 10 Mio. in 2021 werden Transferzahlungen von rund 60 % abfließen, allerdings erst in 2022. Dem hat der Kämmerer durch Bildung einer Rückstellung in Höhe von 4,2 Mio. Rechnung getragen, die dann 2022 und 2023 gegen den echten Transferaufwand aufgelöst wird. Das ist korrekte Buchhaltung, um das Ergebnis im Jahr 2022 nicht zu belasten. Liquiditätsmäßig wird die Mehrsteuereinnahme im Jahr 2021 fließen, die tatsächliche Ausgabe aber erst 2022 erfolgen, so dass dann der Finanzhaushalt belastet wird.

Aus dieser Analyse folgt zweierlei : einmal nichts neues, weil der Haushalt wie bisher mit den nach Abfluss der Transferleistungen verbleibenden Mitteln auskommen und dementsprechend planen und investieren muss. Zum anderen führt die hohe Kreisumlage zum eigentlichen strukturellen Problem des städtischen Haushalts, das stadt- und kreisübergreifend thematisiert und angegangen werden muss. Hier liegt eine für den Kämmerer reizvolle Aufgabe, z.B. auf eine Deckelung der Transferleistungen hinzuwirken, um die Fremdbestimmung in Sachen Finanzen zu beenden.

Alle weiteren Zahlen sind im Zusammenhang mit dem Grundsatzproblem nur folgerichtiges Ergänzungswerk. So liegt der Eigenkapitalverzehr bis 2025 um 29 Mio., das Eigenkapital sinkt von 98,6 Mio. im Jahr 2020 auf 69,7 im Planjahr 2025.

Die Ausgleichsrücklage von heute 19,7 Mio. ist bis zu den Jahren 2025 /2026 aufgebraucht. Die im Jahr 2022 isolierten COVID-19 – Ausgliederungen von 8 Mio. sind spätestens 2025 gegen die allgemeine Rücklage zu verrechnen, so dass man 2025 sehr knapp an der Haushaltssicherung vorbeischrämmt, es sei denn, man verteilt diesen Betrag auf die nächsten 50 Jahre, aber auch dann bliebe es sehr knapp.

Hinzu kommt die fehlende Finanzvorsorge für Pensionsverpflichtungen, die Ende 2020 bereits 19,8 Mio. betragen und sich bis 2025 auf voraussichtlich 24 Mio. erhöhen werden. Diesen steht auf der Aktivseite der Bilanz keine Vorsorge gegenüber. Sie müssen aus dem laufenden Haushalt finanziert werden, der ohnehin schon 1,5 Mio. an Versorgungsaufwendungen und Zuführungen zu verkraften hat. Die finanziellen Möglichkeiten erfahren dadurch eine weitere Einschränkung.

Der Haushalt ist nicht nur auf Kante genäht, in ihm klaffen große Löcher. Er zeigt für die Planungszeit bis 2025 auch kein Abfederungspotential oder Einsparmöglichkeiten auf, um die drohende Haushaltssicherung zu vermeiden. Die Hoffnung auf Fördergelder oder deutlich steigende Steuereinnahmen, die die Transferleistungen kompensieren, ist kein belastbares Kriterium für einen kommunalen Haushalt.

Trotz geäußerter Sorge um die Nachhaltigkeit der Haushaltsansätze gibt der Haushalt keinen Rahmen oder gar ein strategisches Ziel vor,

mit dem man Investitions- und Finanzierungssicherheit in den nächsten Jahren erreichen könnte. Vielmehr wird der Haushalt 2022 mit geänderten Zahlen so fortgeschrieben, wie der Haushalt 2021 endete. Dabei habe ich nicht übersehen, dass der Gesetzgeber in Bund und Ländern für die Folgen der Gesetzgebung im kommunalen Raum längst nicht mehr in vollem Umfang eintritt. Beispiele solcher Mehrverpflichtungen sind Langzeitarbeitslosigkeit , Tagesbetreuung von Kindern und Bildungsqualität oder die Solidarabgabe aus dem Stärkungspakt. Gerade wegen dieser zusätzlichen Belastungen muss mit den der Gemeinde verbleibenden Finanzen nachhaltig und gezielt umgegangen werden, auch um den folgenden Generationen nicht eine ungeordnete finanzielle Belastung zu hinterlassen.

Der Haushalt 2021 war in diesen neuralgischen Punkten ähnlich strukturiert wie der jetzige und hat bei Rat und Verwaltung zu einer gemeinsamen Überlegung mit dem Ziel geführt, Einsparungspotenziale im Bereich der freiwilligen Leistungen zu identifizieren und umzusetzen. Dazu hat die Verwaltung eine Sachkontenübersicht mit Kürzungsvorschlägen vorgelegt , anhand derer der Rat selbst Anpassungsvorschläge erarbeiten sollte, zu deren Sinnhaftig- und Durchsetzungsmöglichkeit er allerdings keine Bezugsgrößen hat und die auch nicht in seine arbeitstechnische Kompetenz fallen.

Das mit diesem Vorgehen nicht auflösbare Dilemma stellt sich für den Rat bereits mit der Eingangsfrage, was an Ausgaben kurzfristig beeinflussbar ist und was nicht. Klassisches Beispiel sind die Personalaufwendungen. Wenn man hier etwas ändern will, geht das nur über eine grundlegende Organisations- und Aufgabenkritik, die ein abgestimmtes gemeinschaftliches Verfahren bedeutet. Die eigentliche Sachkenntnis nicht nur dieser Haushaltsposten hat nur die Verwaltung, die deshalb auch entsprechende Finanzposten in den

Haushalt einstellen muss. Trotz dieser das Verfahren betreffenden Bedenken hat sich die FDP intensiv mit dem Sachkontenregister befasst und ihre Vorschläge und Anträge jeweils in die zuständigen Ausschüsse schriftlich eingereicht. Wir haben Einsparmöglichkeiten von ca. 3,8 Mio. ermittelt, wohl wissend, dass sich nach den Erfahrungen kommunaler Beratungsunternehmen wie Rödl & Partner in den reinen Sachkosten- und Zuschussbereichen ein Einsparpotential von max. 20 – 25 % realisieren

lässt. Nehmen wir also unsere Zahlen, so sprechen wir von 600 bis 700 T, übrigens rein rechnerisch. Damit ist der Haushalt 2022 nicht zu retten, aber es wäre immerhin ein Anfang.

Allerdings sind uns die übrigen Parteien und Gruppierungen im Rat und der Bürgermeister nicht gefolgt, so dass unsere Mühe vergeblich war. Unsere Vorschläge, die von der Verwaltung erwünscht waren, wurden ohne sachliche Diskussion als unseriös abqualifiziert, was schon einiges über den Sparwillen des Rates aussagt. So wird denn weiterhin auf Pump und nach dem Prinzip Hoffnung mit der Unterstützung der Ratsmehrheit verfahren und die Mahnungen der Aufsichtsbehörde, sprich Landrat, in den Wind geschlagen.

Zur Haushaltssituation ist alles notwendige gesagt. Für diejenigen, die es immer noch nicht wahrhaben wollen, fasse ich wie folgt zusammen:

- Die dramatische Haushaltssituation hat ihre Ursachen in:
- Hohen Haushaltsdefiziten
- Keinen Einnahmenüberschüssen zur ordentlichen Tilgung und Eigenfinanzierung
- Kassenkrediten zur Verlustfinanzierung
- Eigenkapitalverzehr durch Verbrauch der Rücklagen
- Ungesteuerter Investitionspolitik ohne Prioritätssetzung

Ich zitiere zum Schluss meiner Rede nochmals den Kämmerer, der keine leichte Aufgabe hat, der aber für die Ausgestaltung des Haushalts die Unterstützung des Rates braucht. Er beschreibt auf S.18 des Haushaltsplanvorberichts die Ziele und die Strategie zur Planaufstellung im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt Rietberg wie folgt:

- kommunaler Haushaltsausgleich
- nachhaltige Haushaltsplanung und Haushaltsführung, die die Investitionstätigkeit der Kommune sichert und aktiv unterstützt
- Sicherung der Liquidität

Dem wäre nichts mehr hinzuzufügen gewesen.

Aber leider verfehlt der vorliegende Entwurf die selbstgesetzten Ziele und Maximen, auch werden die Gebote der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit ignoriert. Man ist weiter denn je von einer soliden Haushaltsführung entfernt. Ein Ansatz zur Umsetzung der eigenen Grundsätze ist nicht zu erkennen. Der Rat der Stadt muss haushälterisch umsteuern und damit endlich beginnen, nachdem Jahr für Jahr dieser Wille von allen Parteien und Gruppierungen im Rat vollmundig geäußert, aber nicht umgesetzt wurde.

Das Mittel der Wahl kann nicht allein die Verbesserung der Einnahmen durch Erhöhung der Realsteuern und der Gewerbesteuer sein, zu dem Kommunen häufig greifen. Dieser Versuchung ist die Verwaltung nicht erlegen, leidet doch unser Haushalt nicht auf der Einnahmeseite, sondern bei den Ausgaben. So kann man denn auch nur hoffen, dass die Erwartung, bei der Gewerbesteuer 1 Mio. mehr zu erzielen, sich realisiert. Aber auch dieser Betrag ändert nichts an der prekären Haushaltslage, und auch die marginale Verschlechterung des Haushalts insgesamt fällt bei den großen Zahlen kaum ins Gewicht.

Die FDP lehnt den Haushalt, wie er sich inhaltlich im vorgelegten Entwurf darstellt, ab.

Prof. Dr. Manfred Niewiarra
Fraktionsvorsitzender